

Anfrage

**der Abgeordneten Dr. Stephanie Krisper, Kolleginnen und Kollegen
an den Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten
betreffend Österreichische Unterstützung für iranische
Menschenrechtler:innen**

Am 18. Juni verurteilte ein iranisches Gericht die Friedensnobelpreisträgerin Narges Mohammadi, die derzeit zum wiederholten Male inhaftiert ist, wegen "Propaganda gegen den Staat" zu einer zusätzlichen einjährigen Haftstrafe. Sie hatte zum Boykott der Parlamentswahlen aufgerufen, Briefe an europäische Parlamentarier:innen geschrieben und sich mit einer zeitweise festgenommenen Journalistin solidarisiert, die den Sicherheitskräften Gewalt und sexuelle Übergriffigkeit vorgeworfen hatte.

Diese politische Verurteilung betrifft eine prominente Menschenrechtsverteidigerin, ist aber keinesfalls die einzige und auch nicht die schwerwiegendste. Seit dem Tod von Jina Mahsa Amini, die nach einer Festnahme nach Verstößen gegen die Kleidungsvorschriften für Frauen in Polizeigewahrsam verstarb, tötete das Regime an die 500 Personen, 18.000 wurden festgenommen (BMeiA: Außen- und europapolitischer Bericht 2022). Für 2023 dokumentierte Amnesty International 746 Todesurteile (<https://www.hrw.org/de/news/2024/01/24/staatsmorde-im-iran-und-den-usa>), zumeist offiziell für Mord oder Drogendelikte, die aber auch friedlich Protestierenden regelmäßig zur Last gelegt werden. Auch religiöse Vergehen – wie Blasphemie – können im Iran mit dem Tode bestraft werden.

Die staatliche Gewaltausübung durch das klerikale Regime hat bereits Sanktionen durch die EU nach sich gezogen, in den Vereinten Nationen wurde der Iran aus der Frauenstatuskommission ausgeschlossen. Die Anwendung der Todesstrafe wird auch von der österreichischen Bundesregierung kritisiert.

In iranischen Gefängnissen sitzt eine große Zahl von politischen Gefangenen, viele sind zum Tode verurteilt und harren ihres Schicksals. Ihr Zugang zu Rechtsbeistand ist limitiert bis inexistent, Kontakt zu Angehörigen ebenso.

In diesem Zusammenhang kritisiert das Außenministerium das Regime in Teheran zwar, in Österreich lebende Angehörige von Häftlingen sowie iranische Exil-Organisationen missen aber die Möglichkeit eines Gesprächs mit dem Außenminister.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

Anfrage:

1. Wie viele Angehörige von seit dem Tod von Jina Mahsa Amini im Iran Inhaftierten ersuchten
 - a. im Jahr 2022
 - b. im Jahr 2023
 - c. im Jahr 2024 um einen Gesprächstermin mit dem Außenminister?
2. Wie viele dieser Personen wurden
 - a. im Jahr 2022
 - b. im Jahr 2023
 - c. im Jahr 2024 im Außenministerium von wem empfangen?
3. Wie viele dieser Personen wurden
 - a. 2022
 - b. 2023
 - c. 2024 vom Außenminister persönlich empfangen?
4. Wie viele Personen (zusätzlich zu den oben abgefragten), Organisationen oder Menschenrechtsorganisationen wurden seit dem Tod von Jina Mahsa Amini
 - a. im Jahr 2022
 - b. im Jahr 2023
 - c. im Jahr 2024 zum Thema Menschen- bzw. Frauenrechte im Iran im Außenministerium von wem empfangen?
5. Wie viele dieser Personen oder Organisationen wurden
 - a. 2022
 - b. 2023
 - c. 2024 vom Außenminister persönlich empfangen?
6. Welche iranischen Menschenrechtsorganisationen unterstützt das BMeiA?
 - a. Welche Organisationen werden finanziell unterstützt, und wie hoch sind die Zuwendungen?
 - b. Welche anderen Arten von Unterstützung erhalten iranische Menschenrechtsorganisationen in Österreich?
7. Welche Unterstützung erhalten in Österreich lebende Angehörige von im Iran Inhaftierten?
8. Wie oft wurde seit dem Tod von Jina Mahsa Amini der iranische Botschafter in Wien einbestellt?
9. Wie viele Verbalnoten und andere diplomatische Proteste wurden seit dem Tod von Jina Mahsa Amini an die iranische Botschaft bzw. die iranische Regierung übergeben?
10. Wie viele Kontakte bzw. Haftbesuche hat die österreichische Gesandtschaft im Iran seit dem Tod von Jina Mahsa Amini unternommen?
11. Wie viele Kontakte wurden angefragt und abgelehnt?

